

EINLEITUNG

Gabriele Clemens

Der Prozess der ›Europäisierung‹ war bislang vor allem Gegenstand politikwissenschaftlicher Debatten, und das seit mehreren Jahren andauernde große Forschungsinteresse an diesem Prozess hat dazu geführt, dass sich mittlerweile die Europäisierungsforschung als eigenständige Unterdisziplin der politikwissenschaftlichen Europaforschung etabliert hat. Das für diesen Forschungsbereich zentrale Konzept ›Europäisierung‹ entbehrt allerdings bis heute einer einheitlichen, allgemein anerkannten Definition, wird vielmehr zur Erklärung ganz unterschiedlicher Phänomene und Veränderungsprozesse herangezogen.¹ Bezogen auf politische Veränderungsprozesse innerhalb der Institution EG/EU (sog. »EU-Europäisierung«) hat sich die Europäisierungsforschung vor allem auf zwei Entwicklungen konzentriert:² Europäisierung bezieht sich einerseits auf den formalen Transfer von nationaler Souveränität auf die EG/EU-Ebene, die Entstehung von Institutionen sowie die Politikformulierung auf europäischer Ebene und kommt damit dem Integrationsbegriff nahe, wird mitunter sogar synonym verwendet.³ Europäisierung bezeichnet andererseits Rückwirkungen europäischer Politik auf die nationale Ebene, insbesondere in den EG/EU-Mit-

- 1 Einen guten Überblick über Europäisierungskonzepte in der politikwissenschaftlichen Integrationsforschung bieten Christoph Knill: Die EU und die Mitgliedstaaten, in: Katharina Holzinger et al.: *Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte*, Paderborn u. a. 2005, S. 153–180; Katrin Auel: Europäisierung nationaler Politik, in: Hans-Jürgen Bieling/Marika Lerch (Hg.): *Theorien der europäischen Integration*, Wiesbaden 2005, S. 293–318; Rainer Eising: Europäisierung und Integration. Konzepte in der EU-Forschung, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*, 2. Auflage, Opladen 2003, S. 387–416; Johan P. Olsen: The Many Faces of Europeanization, in: *Journal of Common Market Studies* 40 (2002), S. 921–952; Roland Sturm: Was ist Europäisierung? Zur Entgrenzung und Einbindung des Nationalstaats im Prozess der europäischen Integration, in: Gunnar Folke Schuppert/Ingolf Pernice/Ulrich Haltern (Hg.): *Europawissenschaft*, Baden-Baden 2005, S. 101–127; Kevin Featherstone/Claudio M. Radaelli (Hg.): *The Politics of Europeanization*, Oxford 2003; Theofanis Exadaktylos/Claudio M. Radaelli (Hg.): *Research Design in European Studies. Establishing Causality in Europeanization*, Houndmills, Basingstoke 2012.
- 2 Vgl. dazu Beate Kohler-Koch: Europäisierung: Plädoyer für eine Horizonterweiterung, in: Michèle Knodt/Beate Kohler-Koch (Hg.): *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Frankfurt am Main/New York 2000, S. 11–31, S. 12 ff.
- 3 Siehe z. B. Thomas Risse/Maria Green Cowles/James A. Caporaso: Europeanization and Domestic Change: ›Introduction‹, in: Maria Green Cowles/James A. Caporaso/Thomas Risse (Hg.): *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*, Ithaca 2001, S. 1–20, S. 3.

gliedstaaten.⁴ Im letzteren Sinne umfasst Europäisierung die Auswirkungen der EG/EU auf nationale politische Institutionen (vor allem Regierungen und deren Verwaltungen, Parlamente, Parteien) und Formen des Regierens, Veränderungen von Politikinhalten, Wahrnehmungs- bzw. Denkmuster, Normen etc. Das bislang umfassendste Europäisierungskonzept hat Claudio M. Radaelli entwickelt, indem er die beiden Varianten zu einem Gesamtmodell zusammenfasst. Sein Sequenzmodell geht davon aus, dass in einem ersten Schritt bestimmte Institutionen und Elemente politischen Handelns auf europäischer Ebene entstehen (»bottom-up«-Prozess) und diese dann in einem zweiten Schritt auf nationale Strukturen, Prozesse und Politikinhalte rückwirken (»top-down«-Prozess).⁵ Neben diesen von »unten nach oben« wie von »oben nach unten« verlaufenden Veränderungsprozessen ist auch der horizontale Transfer oder »cross-national transfer« zu berücksichtigen, d. h. der multilaterale Transfer von Konzepten und Politiken zwischen den Mitgliedstaaten, der gerade für Europäisierungsprozesse in intergouvernementalen Politikbereichen, wie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), konstitutiv ist.⁶

Mit dem Begriff Europäisierung können schließlich auch Sozialisationsprozesse bei den Akteuren innerhalb der europäischen Institutionen selbst erfasst werden, die ursprünglich zumeist aus den nationalen Regierungs- bzw. Verwaltungsapparaten der Mitgliedstaaten kommen. In diesem letztgenannten Sinne integriert der Europäisierungsansatz Sozialisationskonzepte der neueren politikwissenschaftlichen Forschung, die sich – in Anknüpfung an die älteren Theorien des (Neo-)Funktionalismus und Transaktionalismus – seit Anfang der 1990er Jahre wieder verstärkt mit den Bedingungen und Formen »internationaler Sozialisation« beschäftigt. Sozialisationseffekte werden dabei sowohl auf der individuellen Ebene (z. B. Einstellungswandel von Mitarbeitern in supranationalen Organisationen) als auch auf der kollektiven Ebene (v. a. Prozess der Übernahme internationaler Normen durch Staaten) untersucht.⁷

- 4 Einige politikwissenschaftliche Arbeiten untersuchen auch die Wirkung der EU auf Nichtmitgliedstaaten; siehe u. a. Heather Grabbe: *Europeanization Goes East. Power and Uncertainty in the EU Accession Process*, in: Featherstone/Radaelli (Hg.): *The Politics of Europeanization*, S. 303–327; siehe auch Holzinger et al.: *Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte*, S. 156.
- 5 Claudio M. Radaelli: *The Europeanization of Public Policy*, in: Featherstone/Radaelli (Hg.): *The Politics of Europeanization*, S. 27–56. Radaelli bezieht Europäisierung nicht auf politische Systeme als Konfigurationen, sondern auf einzelne Elemente des politischen Systems; er untersucht u. a. den Einfluss der EU auf Regeln, Verfahren, Weltbilder und Normen in den Diskursen, politischen Strukturen und Programmen der Mitgliedstaaten (siehe dazu Eising: *Europäisierung und Integration*, S. 394 ff.).
- 6 Radaelli selbst unterscheidet zwischen vertikaler und horizontaler Integration. Letztere basiert seiner Auffassung nach auf Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten statt auf »Druck von oben«; dies würde dem Begriff »crossloading« entsprechen, den er selbst aber nicht in seine Definition einbezieht; siehe auch Claudio M. Radaelli/Romain Pasquier: *Conceptual Issues*, in: Paolo Graziano/Maarten P. Vink (Hg.): *Europeanization. New Research Agendas*, Houndmills, Basingstoke 2007, S. 35–45, S. 37 f. Siehe dazu auch Kevin Featherstone: *Introduction: In the Name of »Europe«*, in: Ders./Radaelli (Hg.): *The Politics of Europeanization*, S. 3–26, S. 18; Ian Bache/Andrew Jordan: *Europeanization and Domestic Change*, in: Dies (Hg.): *The Europeanization of British Politics*, Houndmills, Basingstoke 2006, S. 17–33, S. 22.

In der Geschichtswissenschaft wurde der Europäisierungsbegriff bisher vor allem im Sinne einer zunehmenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen europäischen Durchdringung der außereuropäischen Welt verwendet. Erst allmählich deutet sich in der geschichtswissenschaftlichen Europaforschung/europäischen Integrationshistoriographie⁸ eine Auseinandersetzung mit den in den Sozialwissenschaften diskutierten Europäisierungskonzepten an. Erste Ansätze dazu liefern u. a. die Beiträge von Hartmut Kaelble, Ulrike von Hirschhausen/Kiran Klaus Patel und Michael Gehler.⁹ Die genannten Autoren plädieren dafür, den Begriff der Europäisierung nicht auf einen Prozess zu reduzieren, der an die Geschichte der EU und ihrer politischen wie institutionellen Entwicklung gekoppelt ist und lediglich als ein Projekt politischer und bürokratischer Eliten verstanden wird. Unter Europäisierung als historisches Phänomen fassen sie – wie beispielsweise Hirschhausen und Patel – stattdessen »alle politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozesse [...], die europäische Verbindungen und Ähnlichkeiten durch Nachahmung, Austausch und Verflechtung vorantreiben *oder* relativieren.«¹⁰ Explizit wird betont, dass Europäisierung nicht auf integrierende Elemente beschränkt ist, sondern ebenso Prozesse der Begrenzung, des Konflikts und selbst der De-Europäisierung umfasst

- 7 [siehe S. 8 unten] Vgl. dazu u. a. Frank Schimmelfennig: Internationale Sozialisation. Von einem »erschöpften« zu einem produktiven Forschungsprogramm?, in: Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden 2003, S. 401–427; Ders.: Transnational Socialization. Community-Building in an Integrated Europe, in: Wolfram Kaiser/Peter Starie (Hg.): *Transnational European Union. Towards a Common Political Space*, London/New York 2005, S. 61–82; Jeffrey T. Checkel: Why Comply? Social Learning and European Identity Change, in: *International Organization* 55/3 (2001), S. 553–588; Ders.: From Meta- to Substantive Theory? Social Constructivism and the Study of Europe, in: *European Union Politics* 2/2 (2001), S. 219–226; siehe auch Guido Schweltnus: Sozialkonstruktivismus, in: Bieling/Lerch (Hg.): *Theorien der europäischen Integration*, S. 321–345, besonders S. 327–330.
- 8 Siehe dazu Reiner Marcowitz (Hg.): *Nationale Identität und transnationale Einflüsse. Amerikanisierung, Europäisierung und Globalisierung in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 2007; Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht/Morten Rasmussen (Hg.): *The History of the European Union. The Origins of a Trans- and Supranational Polity*, London 2009; und in weiterer zeitlicher Perspektive Hartmut Kaelble/Martin Kirsch (Hg.): *Selbstverständnis und Gesellschaft der Europäer. Aspekte der sozialen und kulturellen Europäisierung im späten 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2008. Siehe zuletzt auch Kiran Klaus Patel: *Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1955–1973*, München 2009.
- 9 Hartmut Kaelble: Europäisierung, in: Matthias Middell (Hg.): *Dimensionen der Kultur- und Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Hannes Siegrist zum 60. Geburtstag*, Leipzig 2007, S. 73–89; Ulrike von Hirschhausen/Kiran Klaus Patel: Europäisierung, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 29.11.2010, <https://docupedia.de/zg/Europäisierung> (letzter Zugriff 25.7.2016); Dies.: Europeanization in History: An Introduction, in: Martin Conway/Kiran Klaus Patel (Hg.): *Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches*, Houndmills, Basingstoke 2010, S. 1–18; Michael Gehler: »Europe«, Europeanizations and their Meaning for European Integration Historiography, in: *Journal of European Integration History* 22 (2016), S. 141–174.
- 10 Hirschhausen/Patel: Europäisierung, S. 2 (Hervorhebung im Original). Siehe auch Kaelble: Europäisierung, S. 87 f: Europäisierung sollte »auch die Europäisierung der Gesellschaft und Kulturen umfassen [...] nicht nur die Eliten als Akteure in diesem Prozess [...] sondern auch die europäischen Durchschnittsbürger in ihrer Wertewahl, in ihren Entscheidungen für Lebensweisen und internationale Verflechtungen.«

und zudem nicht nur auf einen durch klar festgelegt territoriale Grenzen beschränkten europäischen Raum bezogen werden soll.¹¹ Was, so muss man allerdings angesichts eines so weit gefassten Europäisierungsbegriffs fragen, ist dann nicht Europäisierung? Findet man mit einer derart weiten Definition nicht zwangsläufig immer Europäisierung? Und ist damit nicht Europäisierung als analytische Kategorie letztlich wenig brauchbar und verliert der Europäisierungsbegriff nicht an Aussagekraft?

Angesichts der inzwischen in Gang gekommenen Auseinandersetzung mit Europäisierung in der Geschichtswissenschaft erscheint es dringend notwendig, den Europäisierungsbegriff für die geschichtswissenschaftliche Forschung, insbesondere die europäische Integrationsforschung, weiter zu schärfen, einzugrenzen, den Erkenntnisgewinn sowie die Frage der Operationalisierbarkeit von Europäisierungskonzepten zu prüfen. Vor allem die zentrale Frage der Kausalität ist zu klären, d. h. wie ist festzustellen, dass Veränderungen auf ›europäische‹ Einflüsse und nicht auf andere Ursachen (globale, innenpolitische usw.) zurückzuführen sind; zudem ist zu fragen, was ›europäisch‹ beispielsweise im Gegensatz zu ›national‹ bedeutet, d. h. gibt es überhaupt eine Dichotomie zwischen europäischen und nationalen Positionen? Auch muss geprüft werden, inwieweit eine Verknüpfung von sozialwissenschaftlichen, insbesondere politikwissenschaftlichen, Europäisierungskonzepten mit geschichtswissenschaftlichen Fragen und Methoden fruchtbar ist und die Europäisierungsdebatte voranbringen kann. Gerade die in der politikwissenschaftlichen Europäisierungsforschung in intergouvernementalen Politikbereichen, wie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, geforderte, aber selten erfüllte Durchführung eines »careful process tracing«¹² bzw. eines »lückenlose[n] ›process tracing«¹³ als die geeignete Methode,¹⁴ bietet eine Möglichkeit fruchtbarer interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen Politik- und Geschichtswissenschaft.

Auch der mit der Europäisierung oft in Zusammenhang gebrachte, aus der Psychologie und Soziologie stammende Begriff der ›Sozialisierung‹, welcher sich ursprünglich vor allem auf den Prozess der Eingliederung von Kindern und Jugendlichen in soziale Primärgruppen wie Familie und Schule bezog, muss im Kontext von Europäisierung konkret gefasst werden, und es muss vor allem dargelegt werden, wie solche Sozialisierungsprozesse zu erfassen bzw. zu messen sind. Der amerikanische Politikwissenschaftler Jeffrey T. Checkel hat vor einigen Jahren Sozialisierung, bezogen auf internationale

- 11 Kaelble allerdings grenzt den Prozess der Europäisierung von einer De-Europäisierung ab, subsumiert somit De-Europäisierung nicht dem Europäisierungsbegriff; siehe Kaelble: Europäisierung, S. 74.
- 12 Frank Schimmelfennig/Ulrich Sedelmeier: Candidate Countries and Conditionality, in: Granziano/Vink (Hg.): *Europeanization*, S. 88–101, S. 99; Rainer Eising: Interest Groups and Social Movements, in: ebd., S. 167–181, S. 179.
- 13 Johannes Marx: Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft – eine fruchtbare Beziehung? Eine Untersuchung anhand der Teildisziplinen Internationale Geschichte und Internationale Beziehungen, in: *Historical Social Research* 32/4 (2007), S. 21–51, S. 40.
- 14 Siehe z. B. Lorena Ruano: The Conceptual Framework, in: Dies. (Hg.): *The Europeanization of National Foreign Policy towards Latin America*, New York 2013, S. 12–35, S. 28 f. Die in dem Band von Ruano versammelten Beiträge erfüllen diese Forderung allerdings nicht, sondern ziehen eklektisch Belege aus veröffentlichten Dokumenten heran, um die Europäisierungsthese zu untermauern.

Institutionen, definiert als einen »process of inducting actors into the norms and rules of a given community. Its outcome is sustained compliance based on the internalization of these new norms«¹⁵; und er hat konkrete Rahmenbedingungen dargelegt, die solche Sozialisierungsprozesse begünstigen. Bezogen auf den Bereich der hier im Fokus stehenden europäischen Integration bleiben aber noch viele Fragen zu klären, denen sich künftige Forschungen zur Europäisierung, auch in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit Sozialisationsforschern, widmen sollten: Wie laufen Sozialisierungsprozesse ab und welche Zeitspanne ist notwendig, um von einem Wandel zu sprechen bzw. bis Sozialisationsseffekte festzustellen sind? Was bedingt die Sozialisierung der Akteure, d. h. welche Sozialisationsmechanismen sind wirksam? Welche Rolle spielen dabei die Akteure, welche die Strukturen? Wer ist Subjekt, wer Objekt von Sozialisierung und was ist das Ziel von Sozialisierung? Welche Rolle spielt, beispielsweise bei EU-Beamten, die »primäre Sozialisation«, die sie in ihren Heimatstaaten erfahren haben, bei der Sozialisierung in europäischen Kontexten? Umgekehrt ist zu fragen, ob möglicherweise europäisch sozialisierte Akteure wiederum Einfluss auf Sozialisierungsprozesse der Akteure in den Heimatstaaten haben? Und welche Effekte haben solche möglichen Sozialisierungsprozesse in internationalen Organisationen? Bedeutet Sozialisierung der Akteure in europäischen Kontexten auch gleich Europäisierung nationalstaatlicher Politiken, d. h. wie ist das Verhältnis zwischen Sozialisierung und Europäisierung?

Die hier aufgeworfenen Fragen nach der Definition des Europäisierungsbegriffes, seine Anwendbarkeit auf konkrete Untersuchungsfelder und seine methodischen Herausforderungen bildeten den Anlass für die Veranstaltung des interdisziplinären Symposiums »Europeanization of Foreign Policies. International Socialization in Intergovernmental Policy Fields and the Example of the EPC/CFSP«, das im Februar 2015 in Hamburg im Rahmen des DFG-geförderten Forschungsprojektes »To speak with one voice? Europäisierung in intergouvernementalen Politikbereichen am Beispiel der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)« stattfand. Vertreter und Vertreterinnen unterschiedlicher Disziplinen – Historiker, Politikwissenschaftler, Linguisten – befassten sich dort mit den Konzepten von Europäisierung und teils auch Sozialisierung.

Ein Schwerpunkt des Symposiums lag auf Europäisierungsprozessen im Bereich der EG/EU-Außenpolitik, andere Beiträge befassten sich mit Europäisierungsprozessen in Europäischen Institutionen, wie dem Europäischen Parlament, in epistemischen Gemeinschaften oder mit Europäisierung nationaler Politiken. Die in diesem Band abgedruckten Beiträge des Symposiums machen deutlich, wie vielfältig und unterschiedlich der Europäisierungsbegriff verwendet wird. Zugleich kristallisieren sich aber auch Gemeinsamkeiten heraus. So wird die Bedeutung von Sozialisierungsprozessen für die Europäisierung in vielen Beiträgen hervorgehoben. Ebenso zeigt sich, dass Europäisierung im Bereich der sogenannten »low-politics« eher möglich zu sein scheint als im Bereich der »high-politics« wie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Dort, wo wichtige nationale Inter-

15 Jeffrey T. Checkel: International Institutions and Socialization in Europe. Introduction and Framework, in: Ders. (Hg.): *International Institutions and Socialization in Europe*, Cambridge/New York 2007, S. 3–27, S. 5.

essen zur Disposition stehen, stoßen, wie einige der Beiträge zeigen, Europäisierungsprozesse offenbar an ihre Grenzen. Eine Europäisierung im Sinne der Angleichung von bürokratischen Verfahren, Handlungsabläufen und einer verstärkten Zusammenarbeit sowie eines zunehmenden Informationsaustausches auf europäischer Ebene bedeutet nicht zwangsläufig, dass auch Politikinhalt europäisiert werden.

Der Frage nach einer Europäisierung nationaler Außenpolitiken durch die Errichtung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) – Vorläuferin der späteren Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU – widmen sich mehrere der vorliegenden Beiträge. Mit der 1970 durch den sogenannten Luxemburger Bericht oder auch Davignon-Bericht geschaffenen EPZ war eine völlig neuartige Form kollektiver Diplomatie entstanden, die schon früh Zeitgenossen und Politikwissenschaftler zu der Annahme verleitete, dass durch diese Zusammenarbeit Sozialisierungseffekte bzw. ›Koordinationsreflexe‹ hervorgerufen würden, die zu einer Europäisierung von Außenpolitik führten.¹⁶ Regelmäßig trafen sich die Außenminister und Politischen Direktoren der Außenministerien der zunächst neun beteiligten Staaten, um ihre Außenpolitiken zu koordinieren, einander anzunähern und ihr vereinbartes Ziel, in weltpolitischen Angelegenheiten künftig ›mit einer Stimme zu sprechen‹, zu erreichen.¹⁷ Verschiedene Arbeitsgruppen unterhalb der Ebene des aus den Politischen Direktoren bestehenden Politischen Komitees (PK) wurden eingesetzt, um die Arbeiten des PK und der Ministertreffen vorzubereiten, ein eigens eingerichtetes Telegrafensystem COREU (Correspondance Européenne) sollte den Austausch von Informationen zwischen den einzelnen Außenministerien zügig und umfassend sicherstellen, und die Botschafter der beteiligten Staaten in Drittländern sowie bei den Vereinten Nationen sollten eng miteinander kooperieren.

Führte dieser engmaschige Konsultationsmechanismus zu einer Sozialisierung der beteiligten Akteure und zu einer Europäisierung nationaler Außenpolitiken, fragt der vorliegende Beitrag von *Gabriele Clemens*, *Alexander Reinfeldt* und *Telse Rüter* und untersucht dies am Beispiel der Namibia-Politik der Neun. Die Verfasser/innen gehen dabei von einem eng gefassten, klar umrissenen Europäisierungsbegriff aus, der Europäisierung als eine Einheit von Sozialisierung und Handlungsergebnissen versteht. Die Sozialisierung, verstanden als ein aus zwei kognitiven Größen – Wahrnehmungs- bzw. Denkmuster und Handlungsorientierungen – bestehender Prozess wird als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Europäisierung aufgefasst. Erst wenn die Sozialisierung der

16 Siehe u. a. Wolfgang Wessels: Die EPZ – ein neuer Ansatz europäischer Außenpolitik, in: Reinhardt Rummel/Wolfgang Wessels (Hg.): *Die Europäische Politische Zusammenarbeit. Leistungsvermögen und Struktur der EPZ*, Bonn 1978, S. 13–49; Simon J. Nuttall: *European Political Cooperation*, Oxford 1992, S. 313. Die Begriffe Sozialisierung und Koordinationsreflex werden dabei häufig synonym verwendet, so bei Nuttall.

17 Siehe dazu Erster Bericht der Außenminister an die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten vom 27. Oktober 1970 (Luxemburger Bericht), in: Auswärtiges Amt, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.): *Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ). Dokumentation*, 7., überarbeitete Auflage, Bonn 1984, S. 25–31.

beteiligten Akteure auch zu einer Annäherung außenpolitischer Positionen, Handlungs- und Arbeitsweisen und in der Folge zu einer gemeinsamen Außenpolitik führt, sprechen die Verfasser/innen von Europäisierung nationaler Außenpolitiken. Bezogen auf das Fallbeispiel der Namibia-Politik kommen sie zu dem Ergebnis, dass die neun EPZ-Staaten keine gemeinsame Position als Folge ihrer Zusammenarbeit entwickelten, lediglich auf Basis des bereits vorab bestehenden kleinsten gemeinsamen Nenners auf internationaler Bühne (in den Vereinten Nationen) agierten und überwiegend strategische Kalkulation – und nicht eine Änderung von Denkmustern und Handlungsorientierung infolge von Sozialisation – ihre Haltung innerhalb der EPZ bestimmte.

Am Beispiel der deutschen Nahost-Politik in den 1970er Jahren untersucht der Beitrag von *Andreas Bestfleisch* mögliche Europäisierungsprozesse durch die EPZ. Europäisierung versteht er dabei als einen zweiseitigen Prozess, der eine »Uploading-Dimension« wie auch eine »Downloading-Dimension« umfasst. Anhand einer detaillierten Analyse der Dokumente aus dem deutschen Auswärtigen Amt untersucht er die verschiedenen Ebenen der bundesdeutschen Nahost-Politik (EPZ, bilaterale Ebene, Vereinte Nationen) und zeigt auf, in welchen Fällen konkret von einer Europäisierung der deutschen Nahost-Politik gesprochen werden kann. Eine umfassende Europäisierung der deutschen Politik im Sinne der Erfüllung aller Kriterien von »Uploading« und »Downloading« liegt nach seiner Auffassung nicht vor, vielmehr plädiert er für einen differenzierten Blick auf solche Prozesse.

Auch *Umberto Tulli* definiert Europäisierung als einen zweiseitigen Prozess, der von unten nach oben (»bottom-up«-Prozess) und von oben nach unten (»top-down«-Prozess) verläuft und untersucht diesen am Beispiel der von der Forschung bislang wenig beachteten, aber seinerzeit von Zeitgenossen als wichtig erachteten Belgrader Folgekonferenz der KSZE der Jahre 1977/1978. Er fragt danach, welche Auswirkungen die Teilnahme an dieser Konferenz auf die Entwicklung der EPZ hatte und ob bzw. inwiefern dies zu einer Europäisierung nationaler Außenpolitiken führte. Das Ergebnis seiner auf der Auswertung von Archivquellen basierenden Untersuchung ist zwiespaltig: Auf der einen Seite konstatiert er eine zunehmend engere Zusammenarbeit zwischen den beteiligten nationalen Außenministerien und Diplomaten, auf der anderen Seite Divergenzen bezüglich der politischen Entscheidungen. Im Unterschied zu ihrem Auftreten bei der Helsinki-Konferenz bestand zwischen den Neun auf der Belgrader Konferenz nur wenige Wochen lang Einigkeit. Trotz dieses Rückschritts für die Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik zieht *Tulli* insgesamt eine positive Bilanz: Die zunehmende Europäisierung im Sinne einer Harmonisierung der Bürokratien und prozeduralen Systeme, welche auch die Zirkulation von Ideen zwischen den Mitgliedstaaten erleichterte, habe die entstandenen Schäden, wie sie durch die Uneinigkeit in Belgrad aufgetreten sind, begrenzen können; somit hätten die Differenzen bei den politischen Entscheidungen den einsetzenden Europäisierungsprozess letztlich nicht gestoppt.

Anhand der durch eine Sondergenehmigung des österreichischen Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten freigegebenen Akten und damit aus Sicht eines neutralen Beobachters beleuchtet *Michael Gehler* in seinem Beitrag die Haltung der

EPZ zu den revolutionären Umbrüchen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa Ende der 1980er Jahre. Im Fokus stehen dabei die ›Arbeitsgruppe Osteuropa‹ der EPZ sowie die Haltung der einzelnen EPZ-Mitgliedstaaten zu den Vorgängen in den östlichen Nachbarstaaten, die er detailliert analysiert. Führten die Ereignisse im östlichen Europa zu mehr ›Europäisierung‹ in der außenpolitischen Zusammenarbeit und welche Rolle spielte die EPZ in diesem Prozess, lauten seine beiden erkenntnisleitenden Fragen. Die Antworten sind ernüchternd und bestätigen zugleich auch die Ergebnisse anderer in diesem Band behandelte Fallbeispiele. Zwar, so lautet *Gehlers* Fazit, kam es Ende der 1980er Jahre zu einer Intensivierung der Tätigkeiten der EPZ, aber letztlich kann man nicht von einer gemeinsamen Außenpolitik der europäischen Staaten sprechen. Vielmehr hätten die unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Nationalstaaten ein gemeinsames EPZ-Vorgehen weitgehend verhindert.

In Anlehnung an den Sozialisierungsbegriff von Jeffrey T. Checkel und die von ihm benannten Sozialisierungsmechanismen wie die sogenannte »normative persuasion« untersucht *Marek Neuman* in seinem Beitrag die Sozialisierung neuer Mitglieder – hier die Tschechische Republik – in die EU-Strukturen. Am Beispiel der Arbeitsgruppen in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik geht er der Frage nach, ob Sozialisierung lediglich als ein einseitiger Prozess der Sozialisierung neuer Mitglieder in die EU-Strukturen zu verstehen ist oder ob nicht im Prozess der Sozialisierung sich auch die EU-Strukturen selbst verändert haben. Er entwickelt und testet mehrere Hypothesen, ob und wie »agents might attempt to mold norms during the socialization process«. Damit bringt er eine neue Dimension in die bisherige Sozialisierungsforschung, »consisting of bringing the agent back into the equation«. Zugleich appelliert er in seinem Beitrag daran, den methodischen Herausforderungen bei der Untersuchung und Messung von Sozialisierungsprozessen mehr Beachtung zu schenken.

Einblicke in die internen Strukturen und Abläufe der EPZ geben die Beiträge von *Peter von Jagow* und *Ane Maritdatter Alterhaug*. Aus der Sicht eines Zeitzeugen als »Europäischer Korrespondent«, der eng in die Arbeit des Politischen Komitees der EPZ eingebunden war, schildert *von Jagow* die informelle und vertrauliche Zusammenarbeit und den dichten Konsultationsmechanismus im Rahmen der EPZ, welche die Annahmen von Checkel und anderen über günstige Rahmenbedingungen für Sozialisierungsprozesse in den EPZ-Gremien untermauern.

Dass es der EPZ nicht gelang, eine gemeinsame europäischen Außenpolitik zu entwickeln und dass damit auch nur begrenzt Europäisierungsprozesse zu erwarten waren, wird meist der intergouvernementalen Struktur der EPZ zugeschrieben. In ihrem Beitrag aber weist *Ane Maritdatter Alterhaug* nach, dass die insbesondere von Frankreich beabsichtigte strikte Trennung zwischen den supranationalen EG und der intergouvernementalen EPZ unterlaufen wurde und es der Kommission seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend gelang, eine Akteursrolle innerhalb der EPZ einzunehmen. Vor allem bei den Verhandlungen um die KSZE und im Europäisch-Arabischen Dialog sei es ihr gelungen, ihre Expertise einzubringen und sich eine Rolle innerhalb der EPZ zu sichern. Ihr Ziel sei es dabei gewesen, die EG zu schützen, das Verbindungs-